

26. / 7. 1917

182

Ein Wasserweg von Aschaffenburg bis Passau.

Das bayerische Verkehrsministerium wird voraussichtlich dem demnächst zusammentretenden Landtag eine Vorlage unterbreiten, in der es eine Summe von 5 Millionen Mark anfordert zum Zwecke der Detailprojektierung der bayerischen Großschiffahrtswege in Gestalt einer Verbindung vom Rhein zur Donau. Es handelt sich dabei, wie den „Münchener N. Nachr.“ mitgeteilt wird, um die volle Durchführung dieser Wasserstraße von Aschaffenburg bis Passau für 1200 Tonnenschiffe. Die Kosten hierfür werden auf rund 650 Millionen Mark veranschlagt. Doch ist die Herstellung von Hafenanlagen hierin nicht inbegriffen und der Anschluß der Städte München und Augsburg an die Wasserstraßen ebenfalls nicht. Um einem wirklich groß einsetzenden Verkehr gerecht werden zu können, ist nicht nur der große Schiffstyp für 1200 Tonnenschiffe gewählt, es wird auch besonders hinsichtlich der Größe der Schleusen entsprechende Vorkehrung dahin getroffen werden, daß gleichzeitig zwei große Schiffe die Schleusen passieren können, gleichgiltig, welcher Art Zugkraft sie sich bedienen. Die Durchführung des großen Unternehmens ist nach Friedensschluß in einem Zuge geplant.

Nach Ablehnung aller Abänderungs- und Abkürzungslinien wird der Donau-Mainkanal über Stepperg—Nürnberg—Bamberg durchgeführt werden. Alles Nähere, auch die Lösung der Frage, ob in der bayerischen Donau Schleusen eingebaut werden oder ein Seitenkanal geführt wird, soll die Detailprojektierung ergeben. Die Vorlage ist in gewissem Sinne noch als bedingt zu bezeichnen, indem sich das Verkehrsministerium erst darüber vergewissern will, ob die Interessenten gewillt sind, zu den Baukosten beizutragen.

Zu diesen Interessenten rechnet das Verkehrsministerium nicht nur in Frage kommende bayerische Städte und Gemeinden, Handelskorporationen und Großindustrielle, sondern auch das Reich. Zu den Kosten der Vorarbeiten haben die Städte schon einen Anteil zugesichert, nämlich eine Million Mark.